

Ergebnisprotokoll
der 15. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 19.01.2017

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Strohmänn für Herrn Imhoff
Herr Schwarz

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Polzin
Frau Rüpke
Herr Musiol
Frau Kamp,
Herr Viering
Herr Dr. Sünemann
Herr Dr. Kumpfer
Herr Eickhoff
Herr Koldehofe
Frau Vollmer
Herr Knöde
Herr Dr. Lampe
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

III Gäste

IV Gastdeputierte

Frau Sprehe
Herr Senkal
Herr Saxe
Herr Bücking
Herr Scharf
Frau Bernhard
Herr Buchholz

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion B'90/ Die Grünen
Fraktion B'90/Die Grünen
CDU-Fraktion
Fraktion DIE LINKE
FDP-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 15. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 19/14 der Sitzung am 24.11.2016)	
-------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe auch Protokoll der 15. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 19.01.2017.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Auslösung eines Teilgebietes aus der „Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen“ (LandschaftsschutzVO) vom 2. Juni 1968 (Billungstraße) - 30 -	Vorlage 19/188
-------	--	-------------------

Herr Janßen bemängelt, dass die Vorlage nicht besonders aufschlussreich ist. Die vom BUND angemeldeten Zweifel werden nicht weiter ausgeführt. Seine Fraktion schließe sich dem Zweifel, ob hiermit den Natur- und Landschaftsschutzbedingungen entsprechend sorgfältig gehandelt werde, an und werde daher der Einleitung des Verfahrens nicht zustimmen. Er bittet darum zur nächsten Sitzung der Deputation zu den Grundstücks- und Liegenschaftsfragen zu berichten, weil diese aus der Vorlage nicht vollständig klar geworden seien.

Herr Musiol erläutert, dass parallel ein Bebauungsplanverfahren laufe. In Folge dessen müsse das Verordnungsrecht angepasst werden. Das Verfahren dazu solle mit dem heutigen

Beschluss eingeleitet werden. Im Laufe dieses Verfahrens werden alle Belange, insbesondere auch die Naturschutzbelange, die möglicherweise dagegen sprechen könnten, eingebracht und abgewogen.

Herr Crueger erklärt, dass seine Fraktion darauf vertraue, dass alle Belange von der Verwaltung ordnungsgemäß und präzise abgearbeitet werden und daher der Vorlage zustimmen werde.

Bücking bittet um eine Erläuterung, wie dieser Verfahrensschritt im Verhältnis zu anderen Schritten im Verfahren stehe und an welcher Stelle das Vorbringen aus der dazu anhängigen Petition abgearbeitet werde.

Herr Musiol führt aus, dass es hier um zwei parallele Verfahren gehe. Auf der Ebene der Stadtgemeinde laufe ein Bebauungsplanverfahren und auf der Landesebene ein Ordnungsverfahren, das hiermit eingeleitet werden solle. Hinzu komme das Petitionsverfahren. Die Inhalte der Petition werden insbesondere im Bebauungsplanverfahren, aber auch als Stellungnahme in das Ordnungsverfahren einfließen und abgearbeitet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Einleitung des Verfahrens zur Auslösung eines Teilgebietes aus der „Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen“ (LandschaftsschutzVO) vom 2. Juni 1968 zu.

*Zustimmung
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE*

TOP 5	Bremer Wohnbaupreis 2018 Landespreis für vorbildlichen Wohnungsbau „Qualität sichern, Vielfalt fördern, Gemeinschaft ermöglichen“ - 73 -	Vorlage 19/212
--------------	---	-------------------

Herr Janßen fragt, weshalb in der Auswahlkommission die NutzerInnenseite, wie der Mieterverband oder das Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen nicht vertreten sei, was aus Sicht seiner Fraktion aber notwendig wäre. Weiter möchte er wissen, ob es eine inhaltliche Begründung für die Zahl von 3 VertreterInnen seitens der Deputierten gibt.

Herr Dr. Sünemann erklärt, dass man im Auswahlgremium eine fachliche und eine Seite der Politik habe. Je größer die eine Seite werde, desto größer müsse auch die andere Seite sein. Ab einer gewissen Größe werde es aber sehr schwierig, in einem solchen Gremium Beschlüsse zu fassen, es gehe um die Praktikabilität einer solchen Jury. Es stehe der Deputation aber frei, anders zu entscheiden.

Frau Vollmer ergänzt, dass sich die Jury aus der Historie heraus auf der fachlichen Seite aus nationalen Architekten zusammensetze, die sich mit Wohnungsbau beschäftigen.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) benennt drei Deputierte sowie deren Vertretungen als Mitglieder der Jury.*

Zustimmung bei Enthaltung der LINKEN.

TOP 6	Berichte der Verwaltung	
TOP 6a)	Natur in die Kitas - Kinder in die Natur! -20- / -3-	BdV schriftlich

Herr Saxe begrüßt insbesondere die Überlegungen zu dem Projekt „Grüne Kitas“ und bittet darum, der Deputation ggf. über den Fortgang zu berichten.

Frau Sprehe möchte wissen, weshalb die Ökologiestation in Schönebeck in der Auflistung der Kooperationspartner nicht zu finden sei.

Frau Kamp erläutert, dass sich diese Vorlage auf Natur- und Umweltarbeit in Kitas und Schulen beziehe. Die Ökologiestation beispielsweise sei eine von sieben weiteren sogenannten Stadtteilumweltbasiseinrichtungen, in denen die sogenannte außerschulische Umweltbildungsarbeit stattfindet. Die Ökologiestation arbeite aber trotzdem mit Kindergärten und Schulen zusammen. Über die Aktivitäten der außerschulischen Umweltbildung wurde in der Deputation am 27. Oktober 2016 gesondert berichtet.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 6b)	Generalplan Küstenschutz: Umgang mit den Platanen auf der Stadtstrecke - 32, FB 01, 04, 30	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Herr Janßen beantragt, der Bürgerinitiative ein kurzes Statement zu ermöglichen, um ihr Anliegen darzustellen.

Herr Pohlmann verweist dazu auf die Regelung in der Geschäftsordnung der Deputation.

Herr Pohlmann stellt den Antrag von Herrn Janßen, der Bürgerinitiative ein Rederecht zu erteilen zur Abstimmung.

*Zustimmung der Fraktionen FDP und DIE LINKE
Ablehnung der Fraktionen SPD, B'90/Die Grünen und CDU.*

Damit insgesamt Ablehnung des Antrags auf Rederecht für die Bürgerinitiative.

Herr Bücking fasst zusammen, dass Ausgang für den vorliegenden Bericht die Frage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer war, ob sich die Bäume nicht doch erhalten lassen. Aus dem Bericht sei nun klar zu entnehmen, dass dies nicht gehe. Dies sei zwar bitter, aber die technischen Argumente, die Sicherung des Hochwasserschutzes, die Vorschädigung dieser Bäume seien überzeugend. Es stelle sich dann aber anschließend die Frage, wie man den Stadtraum neu ordnen könne, so dass die Neustadt, dass die Bürgerinnen und Bürger insgesamt etwas davon haben. Und dazu diene der Wettbewerb.

Herr Janßen verweist auf eine Mail der Bürgerinitiative. Einige Punkte darin stünden im Widerspruch zu dem vorliegenden Bericht: Es solle eine Variante mit Baumerhalt geben, die zwar eine geringere Sicherheitsstufe aber immerhin noch einen ausreichenden Hochwasserschutz gewährleisten würde. Dazu hätte er gerne eine Stellungnahme. Weiter wurde die Frage des Beschnitts und des Befalls aufgeworfen, dazu werde in der Email ausgeführt, dass ein derart radikaler Schnitt, der den Bestand der Bäume gefährde, nicht notwendig sei und dass Zweifel an dem gravierenden Zustand der Bäume bestehen würden.

Herr Crueger erklärt, dass seine Fraktion Vertrauen in die Qualität der Arbeit der Verwaltung habe. Niemand habe es sich leicht gemacht, eine Variante zu wählen, bei der diese Bäume gefällt werden müssen, sondern jeder hätte es sich gewünscht, man hätte es anders machen

können. Aber wenn man den Hochwasserschutz ernst nehme, dann seien Bäume an der Stelle ein Problem. Die jetzt vorliegende Variante, die sehr wohl in Zukunft stadtplanerisch Bäume beinhalten werde, sei eine gute Variante. Deshalb stimme seine Fraktion der Vorlage zu.

Herr Koldehofe führt aus, dass die Grundlage des Berichtes eine Machbarkeitsstudie sei, die etwa drei Jahre lang gemeinsam in einer Lenkungsgruppe, in der verschiedene Fachreferate des Hauses aber auch z.B. der Deichverband als Projektträger vertreten war, erarbeitet wurde. Die Frage, wie man mit den Bäumen umgehen solle, war keine einfache Frage. In der Machbarkeitsstudie wurden verschiedene Varianten untersucht. Eine Variante war dabei auch, ob es möglich sei, die Bäume zu erhalten. Die statischen Reserven, die dieser Deich früher mal hatte, seien aufgebraucht. Ein neuer Deich werde geplant, der etwa einen Meter höher sein müsse. Eine Deichverstärkung als herkömmlicher Erddeich sei mangels Platz nicht möglich. Daher sei eine technische Lösung notwendig, die im Bericht dargestellt werde. Vorgesehen sei eine untere Ebene als Unterhaltungsweg, dahinter die eigentliche Spundwand und dahinter ein Deichverteidigungsweg, ein fünf Meter breiter, frei zu haltender Streifen. Wenn man den Bereich und die dort vorhandenen Bäume betrachte, dann sei ersichtlich, dass dies ab dem Wehr Kleine Weser stromauf nicht gehe. In diesem Bereich Kleine Weser habe man ein Abflussgerinne, Binnenhochwasser müsse dort ablaufen und folglich könne man nicht nach vorne ausweichen. Wenn überhaupt, dann wäre eine Variante ab dem Wehr Kleine Weser stromab denkbar, dann wäre eine Vielzahl an zusätzlichen technischen Einrichtungen erforderlich: Eine Vorrichtung für die Entwässerung des aufgefüllten Dreiecks, der Sammelschacht, Absperrschieber und eine Rückschlagklappe. All diese technischen Bauwerke müssten im Sturmflutfall erst geschlossen werden und könnten wie alle technischen Einrichtungen auch versagen. Daher führe dies zu einer Verringerung der Hochwassersicherheit, sei also eine schlechtere Lösung. Und nach wie vor könnten diese Bäume dann auch noch entwurzeln. Dies würde im Radius von etwa 2,5 m ein Loch reißen, so dass im Deichverteidigungsfall dort gar nicht gearbeitet werden könnte. Insofern sei das eine theoretische Möglichkeit, die aber aus Deichbausicht deutlich schlechter sei. Alle Varianten, die in der Machbarkeitsstudie untersucht wurden, wurden gemeinsam, auch mit dem Deichverband, bewertet. Und diese Variante mit Baumerhalt sei ganz eindeutig schlechter bewertet worden, was das Thema Hochwassersicherheit angehe, als die Variante mit Baumneupflanzungen in einem sichereren Abstand zur eigentlichen Spundwand.

Herr Knode erläutert, dass bei den Schnittmaßnahmen verschiedene Ursachen unterschieden werden müssten. Zum einen seien diese großen, ausladenden Kronen sehr stark windbruchgefährdet und mussten deshalb in der Vergangenheit im Volumen reduziert werden, damit die Gefahr nicht bestehe, dass sie bei einem Sturm umkippen und den Deich beschädigen können. Diese Schnittmaßnahme ging konform mit einer notwendigen Schnittmaßnahme der durch die Massaria -Krankheit befallenen Bäume zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit. Der weitere Aspekt sei die zukünftige Baumaßnahme. Wenn man sich ansehe, wie die Spundwände eingebaut werden müssen, dann müssten dafür weit mehr als 50% des Kronenvolumens eingekürzt werden. Bei mehr als 20% Rückschnitt von Kronen seien die Bäume aber nachhaltig gefährdet. Durch einen so großen Schnitt seien die Bäume anfällig für Pilze und Fäulnis. Hinzu komme das verringerte Wurzelvolumen, die Feinwurzeln würden dabei absterben. Insgesamt sei das ein Tod auf Raten für die Platanen. Daher ließen sich diese definitiv nicht erhalten.

Frau Dr. Schaefer fragt nach der Anzahl der vorgesehenen Nachpflanzungen.

Herr Knode antwortet, dass dies einerseits hinsichtlich der Gestaltung vom Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs abhängige. Dazu werde im nächsten Monat entschieden, welches Konzept umgesetzt werden solle. Der zweite Aspekt sei das Kompensationserfordernis nach der Baumschutzverordnung. Hochgerechnet ergebe sich im Schnitt ein Kompensationserfordernis von 1:4. Es würden maximal 135 Bäume beseitigt und das führe zu einem Kompensationsumfang von ca. 500 neu zu pflanzenden Bäumen. Allerdings könnten nicht alle an Ort und Stelle gepflanzt werden, sondern nur annähernd im bisher vorhandenen Umfang. Für die weiteren Baumneupflanzungen müssten andere Standorte gefunden werden. .

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Deputation bittet die Verwaltung, bei Sicherstellung der technischen Erfordernisse des Hochwasserschutzes für die Neustadt auch die qualitätsgebenden städtebaulichen Aspekte in die weitere Planung einzubeziehen und für eine Wiederherstellung der stadtbildprägenden Baumkulisse Sorge zu tragen.

Zustimmung gegen die Stimmer der Fraktion DIE LINKE

TOP 6c)	Sachstand der Bundesautobahngesellschaft -5-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

Frau Sprehe stellt fest, dass dazu zukünftig noch einige Entscheidungen zu treffen seien. In diesen Entscheidungsprozess sollte die Deputation frühzeitig und maßgeblich mit einbezogen werden. Sie möchte wissen, wie hoch die Chancen dafür seien, dass der Bund tatsächlich künftig die Planungskosten in voller Höhe erstatte.

Herr Saxe weist darauf hin, dass der Vorlage zu entnehmen sei, dass weiterhin der achtstreifige Ausbau der A 1 forciert werden solle.

Herr Polzin sagt zu, die Deputation entsprechend ihrer Zuständigkeiten bei den weiteren Entscheidungen einzubinden. Die Planungskostenerstattung sei weiterhin ein zu klärendes Thema zwischen Bund und Ländern.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 6d)	Aufkommen und Verteilung der Abwasserabgabe auf die Städte Bremen und Bremerhaven -3-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Frau Dr. Schaefer möchte wissen, wie die Finanzierung langfristig aussehe.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass der Punkt der Endlichkeit der Sondermittel näher komme. Daher müsse schon bei der Haushaltsaufstellung für 2018/2019 versucht werden, bestimmte Pflichtaufgaben wieder in den regulären Haushalt zurückzubekommen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 7	Verschiedenes	
-------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Grundstücks- und Liegenschaftsfragen zum LSG Billungstraße	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Janßen	Geplant am 16.03.2017
---	--	------------------------------

Herr Pohlmann schließt die 15. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll